

Mielkes Revier

Christian Halbrock

Mielkes Revier

**Stadtraum und Alltag rund um die MfS-Zentrale
in Berlin-Lichtenberg**

Lukas Verlag

Abbildung auf dem Umschlag / Vorderseite:
MfS-Zentrale von der Frankfurter Allee/Süd aus gesehen (BStU, MfS, HA II, Fo 32, Bild 13)

Herausgegeben von der Bundesbeauftragten
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik



Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik

Forschungsprojekt gefördert mit Mitteln
der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

**BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG**



© by Lukas Verlag
Erstausgabe, 2., durchgesehene Auflage 2011
Alle Rechte vorbehalten

Lukas Verlag für Kunst- und Geistesgeschichte
Kollwitzstraße 57
D-10405 Berlin
www.lukasverlag.com

Reprographie, Satz und Umschlag: Lukas Verlag
Druck: Elbe Druckerei Wittenberg

Printed in Germany
ISBN 978-3-86732-073-3

Inhalt

Mielkes Revier?	9
Der geheimnisumwitterte Ort	9
Ausgangspunkt und Ansatz der Untersuchung	10
Grundlagen der Untersuchung	15
Staatssicherheit und Stadtbezirk	18
 Die Vorgeschichte	20
Lichtenberg zwischen Möllendorff- und Siegfriedstraße, Herzbergstraße und Frankfurter Allee/Süd	20
Die Staatssicherheits-Zentrale und Erich Mielke	24
Lichtenberg im System der Sowjetischen Besatzungszone	26
Sowjetische Spuren nördlich der Frankfurter Allee	29
Sowjetische Dienststellen im Stadtquartier	31
Das Gefängnis Magdalenenstraße und das provisorische Haftarbeitslager Frankfurter Allee/Süd	33
Das »Informations-Ministerium«	37
Das Fernmeldeamt und das Heimkehrerlager der Polnischen Militärmission	38
Kommunistische Prominenz in Lichtenberg	40
 Stadtgebiet und MfS-Zentrale	46
Ein Ministerium entsteht	46
Die Helmutstraße	55
Die Müllerstraße	59
Die Ruschestraße	63
Die Normannenstraße	66
Der Staatssicherheitsdienst setzt sich an der Ecke Normannen-/ Magdalenenstraße fest	69
Die Bruno-Taut-Bauten der »Gemeinnützigen Baugesellschaft Berlin-Ost m.b.H.«	71
Räumung und Abriss der Taut-Bauten	74
Neuapostolische und Glaubenskirche – Gotteshäuser stören die Objektsicherheit	76
Die Magdalenenstraße	84
Das Gefängnis Magdalenenstraße	88
Der Zugriff auf die Magdalenenstraße	90
Die Frankfurter Allee	99
U-Bahnhof Magdalenenstraße	105

Die weitere Expansion	108
Erweiterungen und Optierungen	108
Die Dottistraße	110
Der Flächennutzungsplan	112
Das Teilobjekt Gotlindestraße	115
Das Gebiet nördlich der Gotlindestraße vor seiner Eingliederung in das MfS-Objekt	118
Der Kindergarten der evangelischen Pfarr- und Glaubenskirchgemeinde	120
Ein »nichtöffentlicher Parkplatz«	122
»Entflechtung« und Raumbedarf	124
Planungshoheit und die Zuständigkeit im Stadtgebiet	128
Konflikt um die Gotlindestraße	128
Die Absperrung der Normannenstraße	131
Lichtenberg 47 und das Hans-Zoschke-Stadion	137
Kickende Underdogs im Einzugsbereich des Ministeriums	139
Verlagerung des Hans-Zoschke-Stadions	143
Absperrungen und Überwachung	146
Das Verkehrskonzept	155
Einsatzbereit im Wohnzimmer – Abwehr- und Verteidigungspläne	158
Die Inanspruchnahme von Wohnraum im Stadtgebiet	162
Frankfurter Allee/Süd	164
»Lösung der sozialen Frage innerhalb des MfS« und das Wohnraumproblem	168
Schöne neue Welt – MfS-Dienstleistungseinrichtungen im Stadtgebiet	171
Konkurrierende Planungen – Magistrat, Stadtbezirk und MfS-Zentrale	176
Ein Stadtbezirkszentrum für Lichtenberg	176
Großstädtische Promenade oder vom MfS verordnete Monotonie – Die Gestaltung der Frankfurter Allee	178
Konkurrenz um Ressourcen und um die Planungshoheit	181
Die C-Tangente – Planungen für eine Stadtautobahn	184
Begehrlichkeiten entlang der zukünftigen Schnell- und Hochstraße	187
Entschleunigung der Verkehrsplanung – Verkehrsfluss vs. Staatssicherheit	189
Das Ende der C-Tangente	190
Inbesitznahme, Überwachung und Innere Sicherheit	201
Beobachtung und Sicherheits-Check »Wer ist wer«. Das Leben der Anwohner	201
Fotografieren verboten!	204
Die Protokollbücher des Wachregiments	207
Zwischenfälle	211
Die Militärinspektionsfahrten der Westalliierten	212
Provokationen und Widerstandshandlungen	217
Explosion in der Abteilung N	221
Staatsfeindliche Gruppen und Vorkommnisse im Umfeld der MfS-Zentrale	223

Blockade, Erstürmung und Besetzung als politisches Fazit	231
Das Ende der MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg	231
Anhang	
Quellen- und Literaturverzeichnis	245
Abkürzungsverzeichnis	247
Personenregister	249

Mein besonderer Dank gilt dem Museum Lichtenberg und seiner Leiterin Christine Steer und dem Leiter des »Stasi-Museums« in der Ruschestraße, Jörg Drieselmann, sowie allen Zeitzeugen, die durch ihre Bereitschaft mitzuwirken und die von ihnen zur Verfügung gestellten Erinnerungstücke in entscheidendem Maße zum Gelingen dieses Buches beigetragen haben.

Berlin im Dezember 2009

Christian Halbrock

Mielkes Revier ?

Der geheimnisumwitterte Ort

Die MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg galt bis 1989 als geheimnisumwitterter Ort. Wer die Frankfurter Allee stadtauswärts fuhr, passierte noch vor der Lichtenberger Brücke den knapp achtzig Hektar großen Ministerialkomplex, der den Willen der SED zur Durchsetzung ihres Herrschaftsanspruches symbolisierte. Nur selten gelangten Aufnahmen von den Bauten an die Öffentlichkeit. Eine Ausnahme bildete ein ARD-Brennpunkt vom August 1985. Anlass für seine Ausstrahlung war die Flucht des Abwehrleiters des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hansjoachim Tiedge, von Köln nach Ost-Berlin, eben in die Obhut des DDR-Staatssicherheitsdienstes, der als seine offizielle Adresse die Normannenstraße 22 angab. Über bundesdeutsche bzw. Westberliner Rundfunkantennen flimmerte in diesem Zusammenhang auch ein Beitrag des in Ost-Berlin akkreditierten Korrespondenten Peter Merseburger über die Bildschirme in ostdeutsche Wohnstuben. Von der Straßenecke Rusche-/Normannenstraße aus gaben die Bilder den Blick auf das Haupttor der MfS-Zentrale und die Blöcke der Auslandsspionage HV A frei: »Berlin Normannenstraße 22, Berlin-Lichtenberg, die meist gefürchtete Adresse in der DDR. Hier residiert die Firma, wie das Ministerium für Staatssicherheit im Volksmund heißt, und wer hier seine Kamera aufbaut, der zieht das Veto der Staatsmacht auf sich, auch wenn in der DDR akkreditierten Fernsightteams in Ost-Berlin Außenaufnahmen prinzipiell gestattet sind«, so der O-Ton Merseburgers. »Es handelt sich hier um ein Objekt der bewaffneten Organe«, wird der Beitrag dann auch tatsächlich augenblicklich unterbrochen und in das Bild tritt ein Volkspolizist. »Aus diesem Grund möchte ich Sie bitten«, so der Uniformierte weiter, »dass Sie die Dreharbeiten einstellen und das Gelände hier verlassen.« Was in dem Beitrag folgt, sind noch einige Aufnahmen, die verdeckt von dem Kamerateam aus einem Auto heraus während der Durchfahrt durch die Frankfurter Allee gefertigt wurden und abermals die Blöcke der HV A zeigen.

Berlin-Lichtenberg präsentierte sich nördlich der Frankfurter Allee, dies war unverkennbar, als Stadtquartier der besonderen Art. Auch wenn hier nach wie vor normale Mieter, die mit dem MfS nichts zu tun hatten, wohnten, schien eines für den Außenstehenden kaum denkbar: Dass man dieser Gegend jenen Ausdruck zuerkennen würde, mit dem der Berliner gewöhnlich sein ihm lieb gewordenes Wohnumfeld beschreibt: als seinen Kiez. Und doch war dem trotz allem so. Wie die Recherchen, die dieser Studie vorausgingen, erbrachten, war auch dieser Ort einer, den nicht wenige, die hier aufwuchsen und lebten, als ihre »Heimat« innerhalb der Großstadt ansahen.



Frankfurter Allee, Blick auf die Einfahrt zur Magdalenenstraße 1983 (BStU, MfS, BdL 379, Bl. 15)

Ausgangspunkt und Ansatz der Untersuchung

Die Untersuchung verfolgt weder den Anspruch, die umfangreichen Diskussionen der stadtsoziologischen Forschung der letzten Jahre widerspiegeln zu wollen. Noch ist sie als Beitrag konzipiert, der in den gelehrten stadtsoziologischen Diskurs eingreifen will. Sie versteht sich auch nicht als Analyse im theorienbildenden Sinne.

Im Mittelpunkt des Interesses steht hier vielmehr die Annäherung an einen Stadtraum, dessen Geschichte zugleich Teil der Geschichte des MfS ist – Berlin-Lichtenberg nördlich der Frankfurter Allee. Die Geschichte eben dieses Stadtraums soll hier rekonstruiert werden. Unter Vernachlässigung andernorts geführter diskursanalytischer Erörterungen dient die Studie einzig dem Zweck, mehr über jenen Ort zu erfahren, der dem Staatssicherheitsdienst vier Jahrzehnte lang als Sitz seiner Zentrale gedient hat. Den Ausgangspunkt der sich in diesem Zusammenhang aufdrängenden Fragen bildet ungeachtet dessen eine jener innovativen Thesen, die die stadtsoziologische Forschung in den letzten Jahren hervorgebracht hat. Auf Hartmut Häußermann und Andreas Kapphan geht die Aussage zurück, nach der sich Ost-Berlin in einen zentralen Bereich aufteilte, wo Herrschaftsfunktionen, Aufmarschplätze, Ministerien untergebracht waren und peripher hieran anschließende Wohnbereiche.¹ Die Existenz der Lichtenberger MfS-Zentrale mitten in einem Wohngebiet eines vormaligen Außenbezirkes bildet eine augenfällige Ausnahme von dieser Regel. Mit

¹ Häußermann, Hartmut; Kapphan, Andreas: Berlin. Von der geteilten zur gespaltenen Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990, Opladen 2000, S. 65.

dem MfS fand eines der zentralen DDR-Ministerien außerhalb des Stadtbezirks Mitte in einem – vor allem zum Zeitpunkt der Ansiedlung – eindeutig als peripher zu bezeichnenden Stadtgebiet seinen Sitz. Warum dies so war, wird im Einzelnen zu klären sein. Ähnlich verhält es sich mit einer weiteren These der angeführten Arbeit. »In manchen Teilen der Altbaugebiete, zum Beispiel des Prenzlauer Bergs, bildeten sich«, laut Häußermann, »lokale Inseln oppositioneller Kultur und abweichender Lebensstile, eine Subkultur, die sich von den Ritualen der Loyalitätsbekundung frei gemacht hatte«. »Altbaugebiete«, so Häußermann weiter und darüber hinausgehend, »waren symbolische Orte der Nichtanpassung, der Abweichung, ja des Widerstandes, während die Neubaugebiete Anpassung, Einordnung und Zustimmung symbolisierten«.² Und an anderer Stelle verweist Hartmut Häußermann darauf, dass sich in den Altbaugebieten Ost-Berlins aufgrund der bestehenden »Skala der Wohnpräferenzen« ein »Milieu aus freiwilligen Aussteigern bzw. kritischen Geistern [Künstler und Literaten]« entwickelte, »zu denen die Gruppe derer kam, die aufgrund ihrer politischen oder religiösen Haltung vom sozialistischen System auf Distanz gehalten wurden«.³ Unabhängig von der Frage, ob eine reglementierte und ressourcenbegrenzte Wohnraumlenkung, die lediglich durch einen leistungsschwachen Wohnungsmarkt ergänzt wurde, eine solch weitgehende Segregation zulässt, wirft dies die Frage auf, als was demnach der Lichtenberger Stadtraum – oder umgangssprachlich der »Kiez« – nördlich der Frankfurter Allee zu gelten hätte. War Lichtenberg die Gegenthese zum von Häußermann beschriebenen vermeintlich systemfernen und oppositionellen Leben im Berliner Prenzlauer Berg? Dem entgegen steht hier die These, dass es zwar Funktionen herrschafts- wie wohnbezogener Art gab, die sich in einzelnen Stadtgebieten in unterschiedlichem Ausmaß konzentrierten. Entgegen der von Häußermann angenommenen Segregation bestand vielmehr an fast allen Orten der Stadt ein Nebeneinander mehrerer Akteure und von stadträumlichen Funktionen unterschiedlichster Art, auch wenn sich die Proportionen zuungunsten einer Seite mittel- bis langfristig verschieben mochten. Doch soll hier nicht nur eine Gegenthese zum etablierten Erklärungsansatz geliefert werden. Die in dieser Untersuchung maßgebende Fragestellung zielt vor allem darauf, zu erkunden, was mit dem betreffenden Stadtraum geschah, nachdem sich das MfS hier ansiedelte. Zu fragen ist dabei, unter welchen baulichen und sicherheitsstrategischen Entwicklungsoptionen das MfS die sein Gelände umschließenden Straßen in seinem Koordinatensystem verortete, was von den im MfS bestehenden Planungen (warum oder warum auch nicht) umgesetzt werden konnte und welche Entwicklungsalternativen es für die betreffenden Straßen ansonsten hätte geben können.

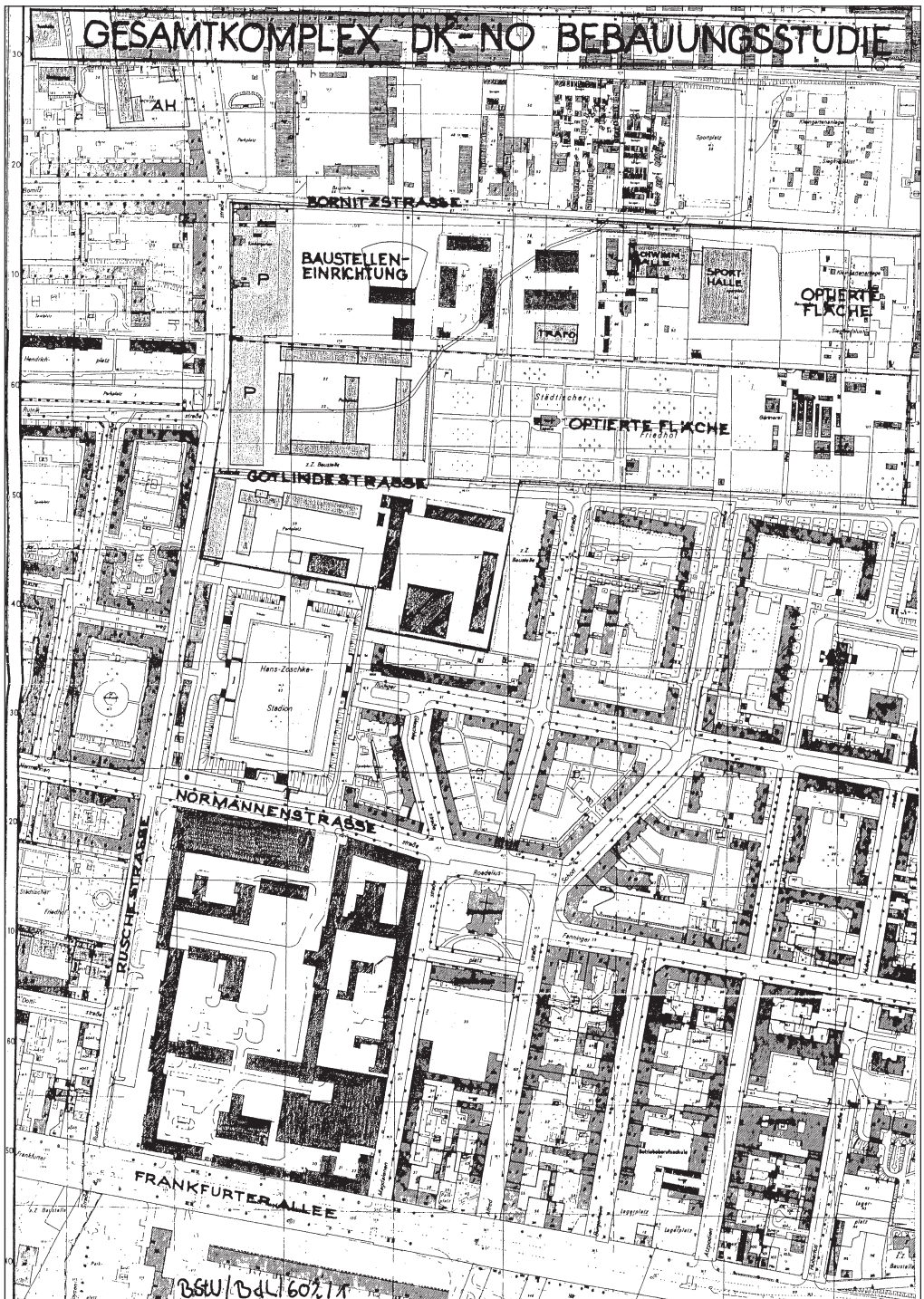
Schließlich geht die Arbeit der Frage nach, ob es sich bei dem hier zur Debatte stehenden Stadtraum tatsächlich – wie häufig angenommen oder behauptet – lediglich

2 Ebenda, S. 71.

3 Häußermann, Hartmut: Wohnen in Berlin. Die Entwicklung sozialräumlicher Strukturen, in: Süß, Werner; Rytlewski, Ralf (Hg.): Berlin. Die Hauptstadt. Vergangenheit und Zukunft einer europäischen Metropole, Bonn 1999, S. 468–501, hier 492.



Stadtplan von Berlin-Lichtenberg vom Februar 1942 (Archiv Museum Stadthaus Berlin-Lichtenberg)



Gesamtanlage Dienstkomplex Normannenstraße, Bebauungsstudie für im Nordteil an der Gottlindestraße geplante zusätzliche Bürobauten von 1983 (BStU, MfS, BdL, Nr. 602, Bl. 1)

um eine »Stasi-Stadt« bzw. wie sich ein Zeitzeuge ausdrückte, »Mielkes Revier« handelte oder welche Facetten sich in dem Gebiet, falls es neben dem MfS solche gab, ausmachen lassen. Dies schließt ein, danach zu fragen, wer hier nach wie vor und warum wohnen blieb und jenen Teil der Anwohnerschaft zu beleuchten, der nicht zum Mitarbeiterstamm des MfS zählte, also nicht mehr mit dem MfS zu schaffen hatte, als andere DDR-Bewohner auch. Wie gingen jene – diese Frage ergibt sich hieraus – mit der besonderen Lage und dem stadtbekannten Ruf ihres Wohnortes um?

Grundlagen der Untersuchung

Das Interesse konzentriert sich im Folgenden somit nicht auf die Entwicklung innerhalb der MfS-Zentrale.⁴ Auch stehen hier nicht der Ausbau und die Perfektionierung der MfS-Zentrale – sofern sie nicht unmittelbar in den bestehenden Stadtraum eingriffen – im Vordergrund. Jenes Baugeschehen wurde in der Diplomarbeit von Nora Kuhlicke und Beate Rost detailliert dokumentiert.⁵ Die am Fachbereich für Informationswissenschaften der Fachhochschule Potsdam eingereichte Arbeit »Zur Entstehung und Entwicklung des Zentralen Dienstkomplexes des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg, Normannenstraße 22, zwischen 1950 und 1989/90« wird im weiteren zur Klärung einzelner Fragen hinzugezogen. Anstatt sich abermals dem Bauablauf zuzuwenden, soll hier vielmehr die Aufmerksamkeit auf das Gegenüber von Wohngebiet und Repressionszentrale gelenkt werden. Der Blick schweift daher an den Jahr für Jahr weiter nach außen vorgeschobenen Mauern, Sperrzäunen und Toren entlang, ohne die MfS-Zentrale, die hier angesiedelten Hauptabteilungen und Abteilungen sowie die hier wirksamen Mechanismen von innen heraus ergründen zu wollen. Die MfS-Zentrale wird dabei vornehmlich als Fremdkörper, aber auch als Teil des Stadtgebietes verstanden; als ein Ensemble der besonderen Art, das anfänglich kaum beachtet, dem Stadtgebiet mehr und mehr seinen Stempel aufdrückte. Doch soll auch dieses Diktum immer wieder in Frage gestellt werden und auf seine Aussagekraft hin überprüft werden.

Eine eindrucksvolle Schilderung vom Leben in diesem Teil Lichtenbergs liefert Helmut Eikermann, der in den späten vierziger und fünfziger Jahren in der Magdalenenstraße seine Kindheit und Jugend verbrachte. Eikermann alias Jan Eik beschreibt, wie der Alltag in jener Zeit trotz des sich allmählich in der Nachbarschaft ausbreitenden Ministeriums weitgehend unbeeindruckt weiterlief.⁶ Der Zustand währte nicht dauerhaft. Nach und nach dehnte sich das Ministerium weiter aus. Es sorgte dafür,

4 Kuhlicke, Nora; Rost, Beate: Zur Entstehung und Entwicklung des Zentralen Dienstkomplexes des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg, Normannenstraße 22, zwischen 1950 und 1989/90, Potsdam 2005 (Diplomarbeit an der Fachhochschule Potsdam).

5 Ebenda.

6 Eik, Jan: Zur Topographie und Geschichte des Lichtenberger Stasi-Komplexes, in: Die Zentrale. Das Hauptquartier des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg. Hg. v. d. ASTAK e.V., Berlin o. J., S. 11–36. Helmut Eikermann verwendet als Synonym den Namen Jan Eik. Von Helmut Eikermann freundlicherweise zur Verfügung gestellt wurde mir zudem das ebenfalls autobiographisch angelegte Skript »Eine Menge Spaß. Ein Leben in der Magdalenenstraße« (Berlin 2005).



Blick auf die Ecke Frankfurter Allee/Magdalenenstraße während der Bauarbeiten 1983 (BStU, MfS, BdL 379, Bl. 37)



Hof in der Magdalenenstraße mit dem Archivneubau (Stefan Eikermann)



Das Stadtbezirksgericht Lichtenberg, Blick vom Gefängnistrakt in der Magdalenenstraße aus (BStU, MfS, Abt. XIV, Nr. 1043, Bl. 38)

dass der Name der Magdalenenstraße im Volksmund schließlich als Synonym für den Sitz des Staatssicherheitsdienstes und für politische Repression und Verfolgung schlechthin erhalten musste.⁷ Auch das Wohnhaus in der Magdalenenstraße 3, in dem Eikermann mit seiner Familie lebte und das er in seinem Aufsatz »Die Stätten meiner Kindheit« beschreibt⁸, fiel 1980 dem MfS zum Opfer.⁹ An der Stelle entstand das Archivgebäude des MfS mit einer nach oben gedrehten Kupferwanne als abhörsicherem Faraday'schen Käfig.¹⁰

Darüber hinaus kommen weitere Zeitzeugen zu Wort. Im Rahmen eines in

7 Vgl. Fuchs, Jürgen: Magdalena. MfS, Memfisblues, Stasi, Die Firma, VEB Horch & Gauck, Berlin 1998.

8 Eik, Jan: Die Stätten meiner Kindheit, in: Horch und Guck Heft 6, S. 1–5.

9 Aufstellung der Verwaltung Rückwärtige Dienste: Durchführung von Baumaßnahmen am Dienstobjekt Normannenstraße; BStU, MfS, VRD 5556, Bl. 30.

10 Bauunterlagen zur Kupferwanne; ebenda, Bl. 27. Nach der internen Zählung waren dies die Häuser 8 und 9.

Kooperation mit dem »Museum Lichtenberg im Stadthaus« durchgeführten Interviewprojektes wurden zwanzig Zeitzeugen, die in diesem Stadtgebiet ansässig waren oder zum Teil hier noch wohnen, nach ihren Erinnerungen befragt. Neben den Aussagen der Betroffenen stützt sich die Studie zudem auf ausführliche Archivrecherchen. Im Laufe der mehrmonatigen Quellenauswertung wurden die für die hier interessierende Frage relevanten Bestände des Archivs der BStU und des Landesarchivs Berlin gesichtet.

Staatssicherheit und Stadtbezirk

Der Staatssicherheitsdienst schien sich in den ersten Jahren seiner Anwesenheit vor Ort nur bedingt für die Vorgänge im Stadtquartier zu interessieren. Die Verantwortlichen in der Normannen-/Magdalenenstraße sahen sich, ihrem Auftrag entsprechend, zu höheren Aufgaben berufen. Diese beinhalteten, laut Vorgabe der SED, einen omnipotenten Überwachungs- und Staatspolizeiapparat für die gesamte DDR zu schaffen. Als »Schild und Schwert der Partei« hatte das Ministerium die Arbeitsfähigkeit und Effizienz des SED-Systems zu garantieren. Man saß zwar in Lichtenberg, dachte aber konsequenterweise im »Republik«-Maßstab.

So schlossen sich am 17. Juni 1953 zwar die Belegschaften der meisten Lichtenberger Betriebe zwischen Herzbergstraße und Frankfurter Allee dem Aufstand an.¹¹ Das MfS trat im Stadtgebiet am besagten Tag jedoch, anders als man es zunächst vermuten würde, kaum in Erscheinung. Vielmehr waren es die Vertreter der Betriebsparteiorganisationen der SED, die vermeintliche Streikführer denunzierten, in einigen Fällen festnahmen und an das MfS »überstellten«. In der Konsumfleischerei in der Rittergutstraße 20/21 (ab 1960 Josef-Orlopp-Straße) »ließen die Genossen 2 Kollegen, die am 17.6.«, so das Protokoll der SED-Kreisleitung, »mit [...] unsinnigen Forderungen die Belegschaft von der Arbeit abhalten wollten, durch den Staatssicherheitsdienst unschädlich machen, sodass das [...] Vorhaben misslang.«¹² Auch im Betrieb Siemens-Plania in der Herzbergstraße, dem späteren VEB Elektrokohle, »wurden von den Genossen 7 Provokateure namhaft gemacht.«¹³ Und im DHZ Altstoffe in der Siegfriedstraße »ließen die Genossen« laut SED-Berichterstattung »einen leitenden Verwaltungsangestellten, der den Gen[ossen] Betriebsleiter nicht mehr anerkennen wollte, nach seiner Entlarvung« durch die SED-Betriebsgruppe verhaften. Von dieser wurde er eigenhändig vor die Tore des Staatssicherheitsdienstes geschleppt.¹⁴

Anwohner wunderten sich, so erinnerte sich Helmut Eikermann über die »unheimliche Ruhe«, die sie angesichts des landesweiten Aufstandes in der Staatssicher-

11 Zum Geschehen am 17. Juni 1953 siehe Eisenfeld, Bernd; Kowalczyk, Ilko-Sascha; Neubert, Ehrhart: Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte, Bremen 2004; Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Roger: Der »Tag X« und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat, Bremen 2003; Informationsbericht der SED-Kreisleitung Lichtenberg v. 17.6.1953; Landesarchiv Berlin (LAB), Rep. C, 903-01-03, Nr. 167, o. Pag.

12 Tagesbericht v. 21.6.1953 der SED-Leitung Lichtenberg; ebenda.

13 Ebenda.

14 Ebenda.

heits-Zentrale meinten ausmachen zu können.¹⁵ In der SED-Kreisleitung wurde währenddessen erwogen, im VEB Holzveredlung Karlshorst kurzfristig »hundert Holzknüppel [60 cm lang]« zu ordern, um »handfest Klarheit zu schaffen« und gegen Streikende eigenhändig vorgehen zu können.¹⁶ Ab den Abendstunden des 17. Juni 1953 rollten dann von Schützenpanzern eskortierte Lastwagen vollbesetzt mit in Ost-Berlin festgenommenen Streikenden über die Frankfurter Allee in die Magdalenenstraße und verschwanden hinter dem Gefängnistor der aus wilhelminischer Zeit stammenden Haftanstalt.¹⁷



Schild in der Normannenstraße, seit 1950 offiziell die Adresse des MfS (BStU, MfS, ZAIG, Fo 61, Bild 5)

Lichtenberg nördlich der Frankfurter Allee war jedoch stets mehr als nur Sitz des Staatssicherheitsdienstes. Dies gilt insbesondere angesichts der hier verbliebenen Bewohner, Betriebe, Vereine und Kirchgemeinden. Das Gebiet erhielt zwar im Laufe der Zeit ein ganz besonderes Gepräge, war nicht mehr nur Stadtraum und Wohnquartier. Im Gebiet zwischen Möllendorff- und Siegfriedstraße (in der West-Ost-Ausdehnung) sowie zwischen Josef-Orlopp-Straße und Frankfurter Allee (in der Nord-Süd-Ausdehnung) gab es so auch immer ein Leben jenseits der MfS-Mauern und unabhängig davon. Das nachzuzeichnen ist Aufgabe dieser Abhandlung. Dabei soll das aufgrund des schlechten Leumundes des übermächtigen MfS ehemals in Verruf geratene Stadtgebiet mittels eines Zuganges, der regionalgeschichtlich angelegt ist, neu entdeckt werden. Zugleich wird es, um dem erhobenen Anspruch gerecht zu werden, im Folgenden auch um die Einflussnahme seitens des MfS auf die stadtplanerische Gestaltung des Ortsteils gehen. Anzusprechen sind darüber hinaus Phänomene wie die Verschlechterung der Versorgungssituation nach der Aufhebung von Verkaufsstellen des täglichen Bedarfs und die faktischen und atmosphärischen Veränderungen im Zuge der Umwidmung ganzer Häuserzeilen zu MfS-Mitarbeiterwohnungen im Laufe der Jahre.

Die Vorgeschichte

-
- 15 Zeitzeugeninterview mit Helmut Eikermann im Rahmen des Zeitzeugenprojektes des Museums Lichtenberg am 10.3.2006.
 - 16 Protokoll der SED-Kreisleitung Berlin-Lichtenberg v. 21.6.1953; LAB, Rep. C, 903-01-03, Nr. 167, o. Pag.
 - 17 Eik: Zur Topographie und Geschichte des Lichtenberger Stasi-Komplexes, in: Die Zentrale (Anm. 6), S. 11–36.

Lichtenberg zwischen Möllendorff- und Siegfriedstraße, Herzbergstraße und Frankfurter Allee/Süd

Das hier interessierende Gebiet wird begrenzt durch die Möllendorffstraße im Westen – jene hieß von 1975 bis 1992 Jacques-Duclos-Straße, die Rittergutstraße (ab 1960 Josef-Orlopp-Straße) im Norden und die Siegfriedstraße im Osten. Die Betrachtung schließt im Süden zudem das Wohngebiet der Frankfurter Allee/Süd mit ein. Der betreffende Stadtraum konnte seiner Bebauungsstruktur entsprechend alles andere als homogen bezeichnet werden. Im Norden befand sich ein ausgedehntes Industriegebiet. Es begann an der Rittergutstraße, erstreckte sich hoch bis zur Herzbergstraße und wurde im Osten durch die Siegfriedstraße begrenzt. Zu den wohl bekanntesten hier ansässigen Unternehmen zählten zu DDR-Zeiten der VEB Elektrokohle (ehemals Siemens-Plania) in der Herzbergstraße, die Konsumfleischerei, die Konsumbäckerei und der VEB Wälzlager in der Rittergutstraße und der VEB Güterkraftverkehr in der Siegfriedstraße. Südlich hiervon zur Frankfurter Allee hin, die kurzzeitig von 1950 bis 1961 Stalinallee hieß, prägten Siedlungsbauten, die in den zwanziger und dreißiger Jahren errichtet worden waren, und Kleingartenanlagen das Bild. Die östlich hieran anschließende Gegend rund um den Roedeliusplatz strahlte demgegenüber ein großstädtisches Flair aus: Den Roedeliusplatz selbst bestimmten die repräsentativen Bauten des neobarocken, 1906 fertig gestellten Stadtbezirksgerichts und der 1903 bis 1905 erbauten neogotischen Glaubenskirche mit ihren zwei Türmen. Beide Bauten erinnerten daran, dass es wiederholt Bestrebungen gab, dem um 1900 innerhalb weniger Jahre aus einem preußischen Gutsbezirk zur Großstadt emporgewachsenen Lichtenberg hier ein angemessenes Zentrum zu errichten. Nach der Stadtrechtsverleihung 1907 wurde der Ausbau weiter vorangetrieben. Nicht ohne Grund entstand hier in den Jahren von 1911 bis 1914 – in der unmittelbaren Nähe in der Fannigerstraße – das auf Initiative des ersten Bürgermeisters der Stadt Lichtenberg erbaute und später nach ihm benannte Oskar-Ziethen-Krankenhaus. Das bezirkseigene Finanzamt residierte ab den dreißiger Jahren an der den Roedeliusplatz nach Westen hin abschließenden Ecke Normannen-/Magdalenenstraße und – in der nahen Dottistraße¹⁸ – saß die Post samt Fernmeldeamt. Die Magdalenenstraße, die den Roedeliusplatz mit der Frankfurter Allee verband, und die Allee auf ihrer nördlichen Seite wiesen bis in die 1970er Jahre die für viele Teile Berlins typische gründerzeitliche Mietshausbebauung auf. Nur wenige Häuser blieben von den danach einsetzenden »Baumaßnahmen« des MfS verschont. Die südliche Frankfurter Allee war hingegen locker mit Wohnhäusern und Kleinbetrieben belegt. Westlich der Magdalenenstraße, entlang der Helmutstraße, die nach dem

18 Alter Lichtenberger Familienname. Dotti erwarb 1965 den Park und das Landhaus des früheren Möllendorff-Besitzes. Nach: Steer, Christine: Straßennamen. Berlin-Lichtenberg, Berlin 1992, S. 18.

19 Es handelte sich um eine Kirchgemeinde mit zwei Predigtstätten: der Pfarrkirche in der Möllen-



Die Kleingartenlage »Schweizer Mühle« zwischen Frankfurter Allee und Normannenstraße (LAB)

Ausbau des MfS-Komplexes verschwand, erstreckte sich die Kleingartenanlage »Schweizer Mühle«.

Die später ebenfalls der Erweiterung geopfert Müllerstraße – zwischen Helmut- und Ruschestraße gelegen – wies eine kleingewerbliche Mischbebauung auf.

Von seiner sozialen Zusammensetzung und politischen Prägung her ließ sich die Gegend rund um den Lichtenberger Abschnitt der Frankfurter Allee nicht ohne Weiteres klar zuordnen. Die kirchlichen Bindungen bestanden auf einem für einen Arbeiterbezirk erstaunlich hohen Niveau fort. Die Pfarr- und Glaubenskirche¹⁹ verzeichnete 1962 sonntäglich durchschnittlich noch 150 Gottesdienstbesucher; die Junge Gemeinde zählte nach einem Bericht von 1967 mit »69 aktiven und 28 passiven Mitgliedern« zu den stärksten in ganz Lichtenberg.²⁰

Allgemein galt die Gegend auch noch in den Nachkriegsjahren, zum Teil bis in die fünfziger Jahre, als Hochburg der SPD, auch wenn die KPD meinte, hier ebenfalls Rückhalt zu besitzen.²¹ Wohl aus diesen Gründen monierte eine im Auftrag der SED erstellte »politische Analyse des Verwaltungsbezirkes Lichtenberg« 1950 den »Stadtbezirk II«, also das »Gebiet unmittelbar nördlich der Stalinallee«, zutreffend: Hier

dorfstraße und der Glaubenskirche am Roedeliusplatz.

20 Jahresberichte der Abteilung Inneres zur Situation der Kirchen und Religionsgemeinschaften im Stadtbezirk Berlin-Lichtenberg 1962 und 1967; LAB, Rep. C, 147-12, Nr. 9466, o. Pag.

21 Vgl. hierzu im Einzelnen Kapitel VII.5 sowie das Schreiben des Bezirksamtes Lichtenberg: Politische Analyse des Verwaltungsbezirkes Lichtenberg, 7.6.1950; LAB, Rep. C, 147-04, Nr. 5, o. Pag.

22 Ebenda.



Die Gärten der Kolonie »Schweizer Mühle« Mitte der zwanziger Jahre (LAB)

sei »der Anteil der Angestellten und früheren Beamten an der Gesamtbevölkerung [...] höher« als im Rest Lichtenbergs. Daraus ergebe sich, so der Situationsbericht weiter, dass die »aus der kleinbürgerlichen Ideologie erwachsenen Tendenzen« in diesem Gebiet des Stadtbezirkes »am wenigsten überwunden« seien. Zudem nahm die für den Bericht verantwortliche Abteilung Verwaltung und Personalpolitik des Bezirksamtes Lichtenberg an, dass der Einfluss der SPD in den Straßen nördlich der Stalinallee weiterhin besonders hoch wäre. »Offenbar hat die SPD hier«, so der Bericht weiter, »wo [...] zahlreiche ihrer in Westberlin arbeitenden Funktionäre wohnen, noch einige feste Stützpunkte.«²²

Im »Gebiet südlich der Stalinallee«, so wurde im selben Bericht angemerkt, sei es noch nicht gelungen, »größere Teile der Bevölkerung ständig in das politische Leben einzubeziehen«.

Doch glaubte man in dem »ausgesprochene[n] Arbeiterwohnbezirk mit zusammenhängender Altbaubebauung und 2 Laubenkolonien« davon ausgehen zu können, dass die SED hier, anders als im Gebiet nördlich der Allee, »eine verhältnismäßig breite Basis« hätte.²³

Zwar wähnte sich die SED hier im Osten der Stadt stärker als anderswo in Berlin. Angesichts der Tatsache, dass die Einheitspartei die »führende Rolle in der

²³ Ebenda.

²⁴ Halbrock, Christian: »Staatsgrenzen sind keine Kirchengrenzen« – die evangelische Kirche Berlin-

Gesellschaft« für sich beanspruchte und ihren Alleinvertretungsanspruch auch rigoros durchzusetzen wusste, musste jedoch die fortdauernde Stärke der anderen gesellschaftlichen Akteure erstaunen. So blieb der Einfluss der sozialdemokratischen Ortsgruppen, die Dank westallierter Intervention trotz der Zwangsvereinigung von 1946 in Ost-Berlin – anders als in der übrigen Sowjetzone – weiter geduldet wurden, in den fünfziger Jahren nach wie vor hoch. Verantwortlich hierfür zeichneten nicht zuletzt die besonderen Verhältnisse in der Sektorenstadt Berlin mit ihren bis 1961 offenen Grenzen.

Auch, dass der Einfluss der evangelischen Kirche in diesem Arbeiterwohngebiet nicht unerheblich blieb und sich volksskirchliche Traditionen allen Prognosen zum Trotz in dem großstädtischen Ambiente zu behaupten wussten, hatte einen Berlin-spezifischen Grund. Bis weit in die fünfziger Jahre hinein galt die evangelische Kirche in weiten Bevölkerungskreisen als die einzige noch bestehende »Brücke zwischen Ost und West« in der von der Teilung bedrohten Stadt Berlin. Durch zum Beispiel Gesamt-Berliner Tage der Inneren Mission, gemeinsame Synoden oder die Sektorengrenzen ignorierende Mitarbeiter- und Pfarrkonvente bemühte sich die Kirche, dies auch öffentlich sichtbar zu praktizieren.²⁴

Einmal in den Besitz der alleinigen Macht gelangt, strebte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands nach Kräften danach, die ostdeutsche Gesellschaft ihren Vorstellungen entsprechend umzugestalten. Die Folgen dieser Entwicklung ließen auch in Lichtenberg nicht lange auf sich warten und machten sich alsbald auf der kommunalen Ebene bemerkbar: Obwohl die SPD mit 45 565 Stimmen bei den Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen vom 20. Oktober 1946 ein weitaus besseres Ergebnis als die SED, die 30 486 Stimmen erhielt, erzielte, zog die SED Ende 1948 die Verwaltung des Bezirkes an sich.²⁵ Nach der administrativen Spaltung Berlins und der Einsetzung des Magistrats im Ostteil der Stadt am 30. November 1948 wurden auch die östlichen Bezirksämter neu gebildet. Für Lichtenberg hieß das: Fast alle noch verbliebenen SPD-Stadträte wurden am 2. Dezember 1948 aus ihren Ämtern gedrängt. Der SED-Politiker Richard Schalkowski ersetzte zudem den von der SPD gestellten bisherigen Bürgermeister Wilhelm Pomezny.

Aber auch die sogenannten kleinen Leute bekamen, sofern sie sich weiterhin außerhalb der SED oder jenseits der SED-nahen Blockparteien und Verbände engagierten, den sich vollziehenden Wandel zu spüren. Die im Lebensmittelhandel »Konsum« beschäftigte Lichtenberger Sozialdemokratin Gisela Mannheim sah sich so im Juni 1948 nach der Androhung einer Strafversetzung zur Aufgabe ihrer Stelle genötigt. Die angekündigte Strafversetzung sollte maßgeblich aus politischen Gründen erfolgen: Gisela Mannheim wurde ihre Opposition gegen das von der SED angesetzte »Volks-

Brandenburg im Kalten Krieg, in: Lemke, Michael (Hg.): Schaufenster der Systemkonkurrenz. Die Region Berlin-Brandenburg im Kalten Krieg, Köln/Weimar/Wien 2006, S. 107–128.

25 Bericht über den ideologischen Zustand der Beschäftigten im Bezirksamt Lichtenberg, 2.10.1950; LAB, Rep. C, 147-04, Nr. 5, o. Pag.

26 60 Jahre Zwangsvereinigung. Zur Identität der SPD Lichtenberg in der Nachkriegszeit. Hg. v. d.

begehren« und ihre gewerkschaftliche Tätigkeit – sie war Mitglied der Unabhängigen Gewerkschafts-Opposition – vorgeworfen.²⁶ Herbert Meißner, ein anderer Lichtenberger Sozialdemokrat, geriet am 9. Mai 1953 in Haft. Er wurde wegen vermeintlich »friedensgefährdender faschistischer Propaganda«, tatsächlich jedoch ebenfalls wegen seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit, zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.²⁷ Als konform galt hingegen, wer die Politik der KPD/SED vorbehaltlos unterstützte. Erwies sich jene Form der Konformität ab Mai 1945 im Bezirk wie überall in Ostdeutschland zunächst vor allem als karrierefördernd, so drohte ein gegenteiliges Verhalten spätestens ab 1946 einschneidende Konsequenzen nach sich zu ziehen. Schweigen und Mitmachen, ob nun aus Überzeugung, Opportunismus oder Karrieregründen, avancierten nun zur Maxime einer sich verändernden »Normalität«. Dafür, dass jene »Normalität« auch Bestand hatte, sorgte ab 1950 nicht zuletzt das Ministerium für Staatssicherheit mit seiner Zentrale in Lichtenberg.

Die Staatssicherheits-Zentrale und Erich Mielke

Dass die Wahl der MfS-Gründer bei der Suche nach einem geeigneten Standort für die zu errichtende Zentrale 1950 auf Lichtenberg fiel, überrascht zunächst. Einerseits zeichnete sich der Berliner Verwaltungsbezirk 17 kaum durch seine zentrale Lage aus. Andererseits lag das Gebiet an der nördlichen Frankfurter Allee in stadträumlicher Hinsicht auch wieder nicht verborgen genug, um einer auf Abgeschiedenheit achtenden Geheimpolizei als Quartier zu genügen. Berücksichtigt man zudem den Flächenbedarf des Ministeriums, der sich nur durch Abriss oder Umwidmung der bestehenden Bebauung befriedigen ließ, so wirft dies weitere Fragen nach der Begründung der Standortwahl auf.

Aufzeichnungen, die die Standortwahl aus der Sicht der hieran Beteiligten begründen, liegen nicht vor. Dementsprechend stützte man sich in dieser Frage bislang auf Vermutungen. Am wahrscheinlichsten erschien den Autoren, die sich dazu geäußert haben, die Annahme, dass es Erich Mielke, der dritte Minister für Staatssicherheit (1957–89), gewesen sei, der Lichtenberg zum Hauptsitz des MfS auserkor. Mielke, so die Schlussfolgerung, hatte für das aus der Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft und dem Polizeikommissariat K 5 gebildeten Ministerium »sofort einen geeigneten Standort«.²⁸

Mielkes Wahl fiel auf den Dienstsitz des Lichtenberger Finanzamtes an der Normannen-/Ecke Ruschestraße. Diese Annahme erscheint zunächst nicht ganz unbegründet. Doch sind auch Zweifel an dieser Herleitung berechtigt, die Mielke, der damals noch nicht Minister war, die alleinige Verantwortung für die Standortwahl

SPD Lichtenberg, Berlin 2006, S. 5.

27 Ebenda.

28 Eik: Zur Topographie und Geschichte des Lichtenberger Stasi-Komplexes, in: Die Zentrale (Anm. 6), S. 26.

29 Laut den Ausführungen von Wilfriede Otto am 15. Juli 1945. Otto, Wilfriede: Erich Mielke.